



Die schwitzende Stadt

Der jüngste Rekordsommer war gerade für Stadtbewohner anstrengend: Aufgeheizte Plätze und Gebäude, dazu kam Starkregen mit vollgelaufenen Kellern. Unter dem Titel „Klimaanpassung“ mühen sich auch pfälzische Kommunen, den Stadtraum fit für Zeiten des Klimawandels zu machen. Was nicht einfach ist, weil man dafür ganz gegensätzliche Interessen unter einen Hut bringen muss. *Von Daniel Krauser*

Was wünschen wird man sich dürfen. „Wäre schön, wenn die Bauherren das öfter machen würden“, sagt Bernd Schoenborn, als Architekt für das Ensemble verantwortlich: Frisch begrünter Innenhof eines Neubaus im Ludwigshafener Stadtteil Süd. Loftwohnung dort, wo ehemals eine Schreinerei war. Dachbegrünung, gut fürs Mikroklima und die Regenrückhaltung. Hebt man den Blick und lässt ihn Richtung Norden schweifen, dann bleibt er allerdings an der Backsteinseitenwand eines Nachbargebäudes hängen. Nicht alle Wünsche gehen in Erfüllung: Schoenborn hat den Nachbarn zu überzeugen versucht, dort eine Fassadenbegrünung zuzulassen, der Nachbar wollte nicht. Überzeugungsarbeit tut eben not: „Es geht darum, die Leute an die Hand zu nehmen und ihnen zu sagen: Was ist Klimaanpassung?“, sagt Sabrina Brendel vom städtischen Bereich Stadterneuerung, der den Umbau im Sanierungsgebiet Ludwigshafen Süd gefördert hat.

Um die Hand zu ergreifen: Im Grunde stellt der Begriff „Klimaanpassung“ die große Frage, wie sich Stadtraum um- und neugestalten muss, um mit den Folgen des Klimawandels klarzukommen. Kein neues Feld, das da beackert wird: Seit Mitte der 1990er-Jahre spielt das Thema in der Stadtplanung eine Rolle, das Baurecht hat den Kommunen zunehmend aufgetragen, den Klimaschutz bei ihrer Bauleitplanung zu berücksichtigen. Der jüngste Rekordsommer hat da allerdings sicher noch einiges angeheizt: Die Klimaanpassung sei „ganz klar das Thema schlechthin“, so Joachim Alexander, Chef der Ludwigshafener Stadterneuerung und Klimaschutzbeauftragter der Stadt. Und in der Funktion, die Schnittstelle für die verschiedenen Bereiche, die zusammenarbeiten müssen, damit der Organismus „Stadt“ keinen Hitzekollaps erleidet oder bei Starkregen absäuft.

Wer über Klimaanpassung spricht, redet nämlich über ein ganzes Bündel von Phänomenen. Er redet unter anderem über das

- Stadtklima, also die Frage, wo sich in heißen Phasen in der Bebauung Wärmeinseln bilden, wie Kaltluftströme laufen, die vor allem nachts zur Kühlung der aufgeheizten Gebäude und der Infrastruktur beitragen. Er redet über das Thema

- Stadtentwässerung, also die Frage, wie ein Kanalsystem für Starkregen ausgelegt sein muss – und wo man durch das Schaffen oder den Erhalt von Versickerungs- und Rückhalteflächen dafür sorgen kann, dass Regen-

wasser gar nicht erst im Kanal ankommt. Und er redet über das

- Stadtgrün, weil Stadtbäume, Grünflächen und Parks sich in gleich mehrfacher Hinsicht positiv aufs Klima auswirken: durch Schattenwurf, Verdunstungskühle und positive Effekte auf die Luftzirkulation. Und er redet letztendlich darüber, dass das Konzept „Stadt“ immer auch eine Moderationsplattform für verschiedene Interessen ist – Interessen, die sich teilweise rundweg widersprechen.

Beispiel innerörtliche Nachverdichtung: Schon lange ein großes Thema, weil das Bauen auf Brachen oder in zweiter Reihe den Flächenverbrauch mindert, keine immer neuen Areale in den Ortsrandlagen versiegelt. Verdichtung heißt allerdings auch: Mehr Stein auf immer engerem Raum, weniger Luftschneisen und Grünflächen – was sich am Ende negativ aufs Stadtklima auswirken könnte. „Die Innenentwicklung“ müsse bei der Klimaanpassung „intensiv bearbeitet werden“, sagt Alexander, „das ist ein Riesenzielkonflikt, den wir alle haben“.

Wer die Stadt kühl und trocken halten will, muss sich zunächst anschauen, wo die Stadt am stärksten schwitzt und nässt. Für Ludwigshafen hat Alexander schon Ende der 1990er ein Klimagutachten erstellt, dessen Ergebnisse habe die Stadt „alle im Flächennutzungsplan drin“, so Joachim Magin, Leiter des Bereichs Stadtplanung. In Kaiserslautern gibt es unter anderem seit 2012 ein Gutachten zu Luftströmungen und „Hotspots“. Den Förderbescheid zur Entwicklung eines „Klimaanpassungskonzepts“ hat die Stadt laut Bettina Dech-Pschorn, Leiterin des Referates Umwelt, inzwischen bekommen. Ein solches Konzept wird in Landau gerade entwickelt – und vor die Entwicklung von Lösungsstrategien haben Götter und Planungsrecht die Bestandsaufnahme gesetzt.

Die von Luftströmungen beispielsweise: An der Haardt „strömt Kaltluft nachts oft aus dem Pfälzerwald in die Rheinebene hinein“, illustriert der Meteorologe Rainer Röckle vom Freiburger Klimabüro „iMA“, das im Auftrag der Stadt Landau das Stadtklima untersucht hat. „Diesen nächtlichen Luftaustausch findet man am Rhein nicht mehr so stark.“ Um die positiven Wirkungen zu erhalten, seien Ausweisungen von Bauflächen im Westen wenigstens der hardtnahen Kommunen „kritisch zu prüfen“, meint Röckle. Grundsätzlich profitiert Landau von seiner Hanglage: „Die von Westen ein-

strömende Kaltluft ist vertikal so mächtig, dass sie nicht nur über Straßen und Gärten in die Innenstadt einsickert, sondern die Bebauung hauptsächlich überströmt“, sagt Röckle. Luft nach oben ist beim Thema Klimaschutz freilich immer – aber auch in der südpfälzischen Kommune muss die Planung letztendlich mit den Themen „Machbarkeit“ und „Zielkonflikte“ umgehen: Man kann Landau wie jede andere urbane Struktur schlecht auf Stelzen stellen oder breite Schneisen schlagen, um die bodennahe Durchlüftung zu erhöhen. „Wir können an vorhandenen Stadtstrukturen nichts mehr ändern“, hält der Ludwigshafener Klimaschutzbeauftragte Alexander fest.

Und das, was man noch ändern kann, weckt Begehrlichkeiten von ganz unterschiedlichen Seiten: Lässt man in den Städten Baulücken und Grünflächen, dann kann man dort eben keinen neuen Wohnungen bauen – und der Mangel insbesondere an bezahlbarem Wohnraum ist nicht nur in Landau schon lange ein großes Thema. „Es gibt da kein Allheilmittel“, sagt Röckle, „man muss Kompromisse finden, die alle Belange abwägen.“

„Im Endeffekt hat jede Stadt mit den gleichen Problemen zu kämpfen“, sagt Tom Wallenborn vom Freiburger Landschaftsarchitektur-Büro „faktorgruen“, an der Entwicklung des Landauer Klimaschutzkonzepts beteiligt: Mangel an Stadtgrün. Versiegelung von Flächen durch Gebäude oder Infrastruktur, damit das Fehlen von Verdunstungs- und Versickerungsarealen. „Eine große Herausforderung ist es, in den Städten die notwendigen Flächen zu gewinnen, aber auch bestehende, wertvolle Grünflächen zu sichern und aufzuwerten“, sagt Wallenborn. Und da stellt sich natürlich die Frage, wie man beispielsweise in einem gewachsenen Gründerzeitviertel die Flächen fürs Grün oder das Rückhaltebecken gewinnen will – ohne großflächig abzureißen und gewaltsam umzusiedeln.

„Fahrbahnen verkleinern“, rät Wallenborn, schon wieder ein neuer Zielkonflikt zwischen den Belangen der Klimaanpassung und denen des Individualverkehrs. „Pocket Parks“, also kleinere öffentliche Grünflächen, die wie Taschen in die vorhandene Bebauung eingeschoben werden, seien ein Ansatz, meint Wallenborn. Und nicht zuletzt gebe es ja die Blockinnenbereiche: „Man hat ja teilweise noch Innenhöfe, die noch nicht zugebaut sind“, meint der Landschaftsplaner. Was dann zurück nach Ludwigshafen in den Innenhof im Stadtteil Süd führt.

Für den jungen Mann, der das Loft



△ KÜHLENDES GRÜN

... tut vielerorts not: Frisch begrünter Innenhof eines Neubaus im Ludwigshafener Stadtteil Süd, Dachbegrünung auf der Loftwohnung. Die Ergebnisse ihrer Bestandsaufnahme in Landau, die Stadtklimaanalyse, haben die Büros „iMA“ und „faktorgruen“ gerade im Stadtrat vorgestellt. Die Daten sollen nun weiter analysiert und in Handlungsempfehlungen gegossen werden. FOTOS: IMAGO/KUNZ

im Innenhof bewohnt und gerade mit seinem Hund vom Gassigehen kommt, macht sich der Aufwand mit Dach- und Innenhofbegrünung bezahlt: „Man merkt schon, dass es kühler ist“, sagt er. Allerdings ist kein städtischer Innenhof eine Insel: Wenn das ganze Viertel durch wochenlange Hitze aufgeheizt sei, so der junge Mann, sei der Effekt des hauseigenen Grüns überschaubar. Was auf die Beobachtung hinausläuft, dass „Klimaanpassung“ eben auch mühsame Prozesse des städtebaulichen Mikromanagements beinhaltet. „Wir haben hier oft Wohnungseigentümergeinschaften, die nehmen für so was“, also die Hofbegrünung, „fast kein Geld in die Hand“, sagt Sabrina Brendel über das Quartier, in dem in Bälde ein Sanierungsmanager Beratung auch zur Klimaanpassung geben soll. „Wenn der Architekt das nicht anregt, passiert gar nichts“, sagt Bernd Schoenborn vom Büro SCP-Architekten.

Redet man nicht mehr über Bestands- sondern über Neubauviertel, dann müsste die Lage eigentlich übersichtlicher sein. Die Klimaanpassung und ihr Niederschlag in der Bauleitplanung hat beispielsweise dazu geführt, „dass das Bauhaus“ (der *Baumarkt, die Redaktion*) im Ludwigshafener Gewerbegebiet „Westlich der B9“ „schräg steht“, so Joachim Magin, Leiter der Stadtplanung. Die Gebäudestellung sei an den Luftströmen ausgerichtet, man habe Begrünungs- und Versickerungsflächen vorgeschrieben, mit dem nahen „Affengraben“ ein Rückhaltesystem offengehalten. Allerdings richte sich das Thema Klimaanpassung nicht nur an die Planer, sondern „verstärkt an jeden Einzelnen“, sagt Magin. Der Gesetzgeber habe „den Kommunen gewisse Dinge an die Hand gegeben, die in der Praxis kaum umzusetzen sind“, meint er.

Man kann als Stadt die Gebäudestellung in Neubauvierteln vorgeben, man kann Rückhalteflächen ausweisen, man kann vielleicht sogar der Versuchung widerstehen, die Bebauung zu stark zu verdichten und damit auf Steuereinnahmen verzichten. Entscheidet sich die Mehrzahl der neuen Bewohner dazu, ihre Gärten großflächig mit Kies zuzuschütten anstatt sie zu begrünen, kann man das Thema Klimaanpassung gleichwohl in die Hitzeschlieren schreiben – weil sich Stein, Kies und Schotter über Tag aufheizen und ganze Areale über Nacht nicht mehr auskühlen können.

Die Kaiserslauterer Umwelt-Referatsleiterin Bettina Dech-Pschorn ver-

tritt da durchaus eine offensive Position: Schon jetzt könne man über das Baurecht auch dem privaten Häuslebauer „sehr viele Vorgaben machen“, beispielsweise bei Begrünung und Wasserrückhaltung. Kommunen wie Xanten, Heilbronn oder Waltrop haben bereits für neu ausgewiesene Baugelände „Schotterverbote“ und Bepflanzungspflicht für Vorgärten im Bebauungsplan ausgewiesen. Neuer Konflikt, der sich da andeutet, und der vielleicht in den nächsten Jahren in den Städten zu verhandeln sein wird: Kann die öffentliche Hand weitgehende Gestaltungsvorgaben für den privatesten Raum ihrer Bürger machen – oder ist der öffentliche Zugriff auf den Vorgarten gesellschaftlich wie politisch kaum durchsetzbar?

Schwierige Frage – zumal es wohl überall auch öffentliche Flächen und Plätze gibt, bei denen die Kommunen mit durchaus diskutablen Beispielen vorangehen. „Die Bürger machen uns da teilweise nach“, sagt Gabriele Bindert selbstkritisch, Abteilungsleiterin im Bereich Grünflächen und Friedhöfe in Ludwigshafen. Mineralisches Mulchmaterial habe man auch in Ludwigshafen auf einzelnen, straßennahen Grünflächen schon ausgebracht – um Unkraut zu unterdrücken und damit Pflegekosten zu senken.

Auch Binderts Job steht wohl im Spannungsfeld des Wünschenswerten und des Machbaren: Auf Saisonbepflanzung, beispielsweise mit Zwiebelpflanzen, verzichtet man in Ludwigshafen inzwischen weitgehend – zu teuer. Alleene werden in Zeiten des Klimawandels nicht mehr nur aus einer Baumart gebildet, sondern aus mehreren, oft blockweise – falls sich bestimmte Arten als anfällig beispielsweise für neue Krankheiten zeigen sollten. Und was nachgepflanzt wird – rund 1000 Straßenbäume fehlen der Stadt laut Bindert zurzeit –, das sieht sich dann noch mit dem Widerstand mancher Bürger konfrontiert, die der herbstliche Laubfall stört. Kann bis zur Forderung nach Abholzen gehen. „Solche Stimmen gibt es – aber die kommen nicht zum Tragen“, sagt Bindert.

Was dann wieder zurück zum Kern des Themas „Klimaanpassung“ führt: Die ist wohl doch vor allem ein Moderationsprozess zur Frage, wie divergierende Interessen im Stadtraum wenigstens halbwegs auszutarieren sind. „Da steckt viel Konfliktpotenzial drin“, sagt Sonja Blaser vom Freiburger Büro „faktorgruen“, „aber der permanente öffentliche Diskurs ist ja das Kennzeichen von Stadt.“